

03. März 2026  
von Nils Seifert

## Haushaltsrede 2026 Fraktion Die Linke Stadt Dülmen

Es gilt das Gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Beschäftigte der Stadt Dülmen,  
sehr geehrte Stadtverordnete,  
sehr geehrte Vertreter\*innen der Presse,  
sehr geehrte Damen und Herren – und alle dazwischen und außerhalb,

der Haushalt 2026 befindet sich in einer Lage, in der viele *Bürgerinnen vermutlich auch besorgt auf die Stadt schauen. Wir müssen den Bürgerinnen ganz klar vermitteln, was wir mit den begrenzten Mitteln tun, die uns zur Verfügung stehen – und dass wir sie nicht stehen lassen, sondern mitnehmen.*

Die Zahlen sind eindeutig: Im Haushaltsentwurf 2026 stehen Aufwendungen von 184,3 Mio. Euro geplanten Erträgen von 167,5 Mio. Euro gegenüber. Nach globalem Minderaufwand kommen wir auf ein Defizit von 13,2 Mio. Euro. Kurz: Wir müssen an die Allgemeine Rücklage.

Für uns ist dabei klar: Haushaltssicherung darf nicht heißen, soziale Infrastruktur kaputtzusparen. Denn wir sehen es alle: Die freiwilligen Leistungen sind gerade einmal 5 % des Gesamthaushaltes. Dort sollte auch nicht gespart werden – wer anderes behauptet, verkauft Scheinlösungen.

Wir stellen auch fest, woher der Druck kommt: Die größten Ausgaben sind nun mal die Transferaufwendungen mit gut 82 Mio. Euro. Und allein die Umlage an den Kreis Coesfeld und an den LWL steigt nach derzeitigem Stand um 2,3 Mio. Euro. Das frisst jede Einsparidee schneller auf, als wir sie beschließen können.



### **Steuern: ja, aber fair.**

Es wurde beschlossen, die Hebesätze zu erhöhen. Wir rechnen dadurch mit Mehreinnahmen – allein bei der Gewerbesteuer von fast 4 Mio. Euro und bei der Grundsteuer B von etwas über 900.000 Euro.

Wir sagen: Warum wieder Grundsteuer B? Wenn Mehreinnahmen nötig sind, dann muss die Last sozial abgefedert werden. Wer zur Miete wohnt oder ein Eigenheim abbezahlt, darf nicht am Ende die Zeche zahlen. Die Grundsteuer wurde bereits 2023 angehoben, die Gewerbesteuer hingegen blieb seit 2011 konstant. Auch Gewerbetreibende die mieten, leiden unter der Erhöhung der Grundsteuer – und dadurch wird die Innenstadt vielleicht noch leerer. Wir haben diese Entscheidung bei der Grundsteuer so nicht mitgetragen und tun dies auch weiterhin nicht.

Grundsätzlich sind wir damit aber nicht allein: Die Kommunen brauchen dringend eine ausreichende Finanzierung. Es kann nicht sein, dass die Aufgaben wachsen, das Geld aber nicht.

Ich würde bei diesen Bedingungen meinem Arbeitgeber kündigen.

Doch wir planen bereits Schritte in Richtung einer kommunalen Wohnbaugesellschaft, denn bezahlbarer Wohnraum ist Grundvoraussetzung für sozialen Zusammenhalt. Wir erwarten einen detaillierten Sachstandsbericht von der Stadtverwaltung: Wie viele Wohnungen? In welchem Zeitraum und für wen? Welche Flächenstrategie? Welche Organisation, welches Finanzierungsmodell, welches Personal, welches Partnerkonzept? Wir wünschen uns eine realistische Einschätzung, was in Zukunft erreicht werden kann. Wir würden außerdem vorschlagen, ein Förderprogramm zur Umwandlung von leerstehenden Ladenlokalen in bezahlbaren Wohnraum anzubieten.

Im Rahmen des ISEK bauen wir so einiges um, gerade an der Lüdinghauser Straße und der Borkener Straße – ein wichtiger Fortschritt aufgrund der Substanz der Gehwege und der Straße. Doch beim Parkraum scheint es keinen Konsens zu geben: Ein Tenor lautet, dass Geschäfte Einbußen machen, weil man nicht mehr vor dem Geschäft parken kann. Auf der anderen Seite steht das Ziel, die Innenstadt für den Fuß- und Radverkehr attraktiver zu machen.



Wir stehen dafür, dass der Parkraum insbesondere in der Tiberstraße auf das Nötigste reduziert wird. Um den Parksuchverkehr zu vermeiden, sollte die Einfahrt dort nur Anwohner\*innen, Menschen mit Behinderung und dem Lieferverkehr vorbehalten sein. Bei der ISEK-Arbeitsgruppe müssen außerdem die Naturschutzverbände besser einbezogen werden, um den Belangen des Umweltschutzes und den erforderlichen Maßnahmen zur Klimaanpassung bei Planung und Durchführung der Baumaßnahmen entsprechend der ISEK-Zielvereinbarung Geltung zu verschaffen.

Bleiben wir bei Verkehr und Mobilität: Viele erleben die Geh- und Radweginfrastruktur als ein unübersichtliches Mosaik aus unterschiedlichen Fragmenten. Wir haben kein Radwegenetz – wir haben einen Flickenteppich. Die Fahrradstraßen fangen irgendwo an und hören irgendwo auf. Zusammenhängenden und barrierefreien Geh- und Radwegen ist bei der Gestaltung der Innenstadt Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Viele der Poller und Barrieren wurden zwar bereits zurückgebaut, aber auch auf den Fußwegen gibt es immer noch Hürden für Menschen mit Rollstühlen oder Rollatoren – allein schon wegen der Untergründe.

Wir sollten auch den Bürgerbus weiter ausbauen, um den innerstädtischen Verkehr weiter zu reduzieren. Das sollten wir deutlich fördern. Vielen Dank an die vielen ehrenamtlichen Fahrer\*innen.

Kommen wir auf Kultur zu sprechen:

Damit Kultur und Freizeit in Dülmen richtig gelebt werden können, setzen wir uns für eine Dülmen-Card ein, mit der Ermäßigungen für städtische Einrichtungen, Kulturveranstaltungen und Kinobesuche ermöglicht werden.

Wir möchten die Stadt außerdem anregen, in Zusammenarbeit mit der Leitfachstelle blick\*, dem Queeren Netzwerk NRW und der Gleichstellungsstelle der Linken in diesem Jahr einen ersten Christopher-Street-Day auszurichten. Das wäre ein klares, sichtbares Zeichen für Vielfalt, Gleichheit und Akzeptanz.

Es muss auch umgedacht werden bei der Unterbringung obdachloser Menschen und Asylsuchender – dieser Prozess muss integrativer werden. Wir lehnen auch die Bezahlkarte ab: Diese Maßnahme bevormundet Asylsuchende, schafft Bürokratie und ist nicht hilfreich für die Integration geflüchteter Menschen.

Auch in den Schulen muss es ein Umdenken geben. Wir bauen bald einen riesigen Bildungscampus und lehnen es ab, dass vielleicht einmal ein neues Schulkonzept nach Dülmen kommt – wie etwa eine Gesamtschule. Doch mit diesem Bildungscampus könnten wir auch ein Zeichen setzen und allgemein für die Schulen z. B. einen städtischen Lernmittelfonds oder einkommensgestaffelte Preise für das Essen an Schulen einführen.

Wir als Linke sehen in diesem Haushalt vor allem eines: wenig Geld für viele Baustellen. Doch dieses bisschen Geld, das hier und da eingespart wird, darf nicht auf Kosten der sozialen Teilhabe, Kultur, Mieter\*innen, Asylsuchenden, obdachlosen Menschen und sozial Schwächeren gehen. Es gibt auch mit wenig finanziellen Mitteln einen Weg.

Wir lehnen diesen Haushalt ab – aber wir bleiben bereit, daran weiterzuarbeiten.

Lassen Sie uns alle daran festhalten, das Beste für das Gemeinwohl der Stadt und für alle Bürger\*innen herauszuholen – auch in diesen schwierigen Zeiten.

Ich bedanke mich bei allen Ehrenamtlichen und allen Vereinen, die unsere Stadt in so vielen Bereichen bereichern. Nur dadurch ist vieles überhaupt erst möglich.

Ich bedanke mich für diese ersten Monate, in denen ich hier Erfahrungen sammeln durfte, und freue mich auf weitere konstruktive, sachliche und freundliche Zusammenarbeit.

Und wenn ich mir abschließend etwas wünschen dürfte, dann Frieden für alle – denn von Krieg haben wir mehr als genug.

Vielen Dank.